

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 33. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Das Auer Tageblatt wird am Montag den 2. Januar 1919 herausgegeben. Der Preis beträgt 1,20 Mk. pro Quartal 3,60 Mk. pro Halbjahr 7,20 Mk. pro Jahr 14,40 Mk. (incl. Porto). Anzeigenpreise sind auf Anfrage zu erlangen. Die Redaktion ist für die Redaktion des Auer Tageblattes verantwortlich. Die Redaktion ist für die Redaktion des Auer Tageblattes verantwortlich.

Das Auer Tageblatt wird am Montag den 2. Januar 1919 herausgegeben. Der Preis beträgt 1,20 Mk. pro Quartal 3,60 Mk. pro Halbjahr 7,20 Mk. pro Jahr 14,40 Mk. (incl. Porto). Anzeigenpreise sind auf Anfrage zu erlangen. Die Redaktion ist für die Redaktion des Auer Tageblattes verantwortlich. Die Redaktion ist für die Redaktion des Auer Tageblattes verantwortlich.

Nr. 1

Donnerstag, den 2. Januar 1919

14. Jahrgang

### Das Neueste vom Tage.

In Berlin fanden Wiesenkundgebungen gegen den preussischen Kultusminister statt. Die deutschen Truppen haben Riga geräumt. In der Stadt Posen herrscht Ruhe. Die Polen besetzen weitere Städte in der Provinz Posen. Der Präsident von Frankreich will im Sommer Amerika besuchen. Die Spartakusgruppe gründete eine deutschkommunistische Partei.

### Kapital.

Kapital, Kapitalismus, das sind Begriffe, die jedem geläufig, aber die sich aber die wenigsten wirklich klar sind. Im Wahlkampf vollends, der von den Sozialisten aller Schattierungen mit den alten, längst verbrauchten Schlagworten gefüllt wird, werden sie zu Kampfbegriffen, zu Schreckmitteln, mit denen die Besitzlosen und Entsetzten zur Wahlurne getrieben werden sollen. Es ist erstaunlich und bedauerlich, daß die bürgerliche Presse, daß berufene Volkswirtschaftler nicht schon längst und nicht gerade jetzt, in die breitesten Massen Aufklärung darüber gebracht haben, was denn Kapital in Wirklichkeit ist.

Gerade das, was gemeintlich als Kapital angesehen wird, ist gar nicht Kapital, sondern nur Sinnbild des Kapitals, wie die Kriegsschiffe auf dem Kriegsschauplatz nicht der Staat, sondern nur das Erkennungszeichen, das Symbolzeichen des Staates ist. Weder das Geld, noch ein Wertpapier sind als solche Kapital — sie sind nur Werkzeuge, genau so, wie der Kaufbrief nur der Rechtsakt über den Besitz eines Grundstücks ist, der sich vom Grundbesitz selbst wesentlich unterscheidet. Auf dem Kaufbrief läßt sich nicht ein Haus, noch ein Acker, noch ein Geschäft, noch ein Unternehmen gründen. Kapital ist der langsam aufgeschobene Arbeitsüberschuß. Ein Haus, das drei Menschen gebaut haben, wird zum Kapital in dem Augenblick, wo es fertig bewohnbar ist, die drei Menschen also es bewohnen und es eine andere Arbeit geben können. Es wird in noch höherem Maße Kapital, nämlich Volkswirtschaft, wenn es die drei Erbauer überbaut. Wenn Menschen es ihren Leben und arbeiten können, die es nicht selbst bauen haben. Die mühsam geschaffenen Lebewesen der Steinberge, an denen Generationen gearbeitet haben, sind Kapital, ebenso die festgebauten Straßen, die mit geringen Mitteln in Stand gehalten, auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte hinaus den Verkehrsbedürfnissen der Gesamtheit dienen.

Kapital sind ferner die Gebäudeteile, die Maschinen, die vom Menschen hergestellten Produktionsmittel, die Stempelmachine, ja die Welle des Schusters ist als dauerndes Werkzeug Kapital, nicht aber der Nagel oder die Säge, mit denen er die Socken festnäht, diese sind lediglich Verbrauchsgüter, deren Bestimmung es ist, durch die Verwendung aufgebraucht zu werden, die immer neu erzeugt werden müssen. So können wir mit einem Worte sagen: Kapital ist alles, was durch Menschenkraft an dauernden Gütern geschaffen wurde, was uns dient, unsere Bedürfnisse (Wohnung) befriedigt, unsere Arbeit ermöglicht oder erleichtert, ohne daß wir selber es täglich neu herstellen müssen.

Solange unser Wirtschaftsleben auf der Naturalwirtschaft beruht, ist es niemandem ein, gegen den Kapitalisten aufzutreten. Schon in ältesten Zeiten war das von Hause aus vorhandene Ackerland zwar Gemeinbesitz, wenn aber einer hinausging und den Wald rodet, also neuen Acker schafft, dann war dieser Acker sein Pri-

vatbesitz, sein Kapital, denn nach einmüßiger mühevoller Rodung war der Acker für alle Zukunft gewonnen; der Sohn erbt den Acker, den der Vater, der Großvater ge- rodet hatte, — und das war begreiflich.

Nun, das ist auch heute noch so. Wenn heute einer eine Acker der Maschinenfabrik erwirbt, so kauft er damit einen Anteil an deren Werken. Aber er hat auch im Aufbau dieses Werkes mitgearbeitet, das ist das Wichtigste. Selbst wenn er so anders sah und die ganze Zeit über Wälder schrie. Wieso? Das ist sehr einfach: Er arbeitete mehr, als für seinen unmittelbaren Lebensunterhalt erforderlich war, er erspartete soviel, daß er sich etwas sparen konnte. Die U.-G. brauchte aber für die Erweiterung des Werkes über ihres Produktion Arbeiter, der Schriftsteller stellte ihr den Ueber- schuß seiner Arbeit in Form von Geld zur Verfügung, er tauschte diesen Arbeitsüberschuß in einen Arbeits- überschuß um, wie sie ihn brauchte.

Wenn jetzt der Berliner Schriftsteller Coupons ab- schneidet, so hat der Arbeiter per betreffenden Maschinen- arbeiter unecht, wenn er behauptet, der Berliner lebe von seiner, des Industriearbeiters, Arbeit, sondern: der Berliner Schriftsteller lehrt von seiner eigenen Arbeit.

So liegen die Dinge, auch wenn man sie mit 1000 oder 10000 mal vergrößert. Kapital ist nicht, als erspart Arbeit. Und der Kapitalist ist im Grunde der, der Werte schafft, die seine täglichen Bedürf- nisse überdecken, so sein Erdenbrot überdauern. Jedes Kapital ist nur Arbeit. Der Streit kann sich nun um die Bewertung der Arbeit drehen, und diese Frage wird, auch ohne Sozialismus, durch das Gesetz der Nachfrage und des Angebotes im Sinne des Allgemeinwohl beantwortet. Und da es unter 100 Menschen nur ein er- fahrungsgemäßer Betriebsleiter gibt, so bezahlt die U. G. gemeinlich seinen Arbeiter zehnmal höher, als die der Ab- rigger 99.

### Eine Unterredung mit Ebert.

#### Die Ziele der neuen Regierung.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der Wolffschen Telegraphenbüros sagte der Vorsitzende der Reichsregierung, Ebert, u. a.:

Mit dem Austritt meiner zwei Freunde, Noske und Wissel, hat Deutschland zum ersten Mal eine rein Parteiregierung. Wir sind uns bewußt, was das bedeutet, sowohl nach der einen Seite, als auch nach der Verantwortung unserer eigenen Partei gegenüber. Aber Sie werden aus fast allen Blättern ersicht- lich haben, wie sympathisch die Kabinettsumbildung begrüßt wurde. Das bedeutet natürlich keine Zustimmung zu unserem Parteiprogramm, wohl aber zu unserem Regierungs- programm, welches die Einheitlichkeit des Volkes und Handelns an erste Stelle setzt. Damit wollen wir die Berliner Nationalversammlung das Reich vor Ver- schärfungen bewahren, und dann wird die Abstimmung zeigen, ob die Mehrheit des Volkes eine andere Regierung wünscht oder hinter uns steht. Wir sind der Überzeugung, daß nur eine Regierung, die sich keinerlei Reibungen zu überwinden hat, also aus einer Holz geschnitten ist, jetzt durchhalten kann, und die Regierung glauben wir zu sein. Dabei fühlen wir uns keineswegs als ein Ausschuß unserer Partei, sondern als Beauftragte des ganzen Volkes, ebenso wie wir kein Berliner Regierung sein wollen und können, sondern eine deutsche. Nachdem Ebert die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß es gelingen werde, auch die deutsche in die Regierung zu bringen, fuhr er fort: Unsere nächste dringende Aufgabe wird sein, der Regierung einen Rückhalt in der neu zu schaffenden Volkswirtschaft zu geben. Das wird sich hauptsächlich der Staatssekretär Noske angelegen sein lassen. Sodann wird Scheidemanns Aufgabe sein, seine Arbeit der Friedenskonferenz zu widmen, welche diplomatisch-politisch vorzubereiten und jetzt eine so vorzügliche Kraft wie die neue Staatssekretär Graf Ranau zur Verfügung steht.

Wissel hat dafür zu sorgen, daß das Schlagwort von der sozialistischen Republik Deutschland aus einem Schlagwort zur Tatsache werde, d. h. daß neben den politischen Rechten auch die wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen des arbeitenden Volkes erfüllt werden. Ich selbst sehe meine hauptsächlichste Aufgabe in der Vorbereitung der Nationalversammlung, von der für uns die drei wichtigsten Eigenschaften abhängen: Frieden, Freiheit, Wohl. Es muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden, daß sowohl die Wahlen wie auch die National- versammlung selbst absolut ungestört und unbeeinträchtigt verlaufen können.

#### Eine neue Niederlage der Unabhängigen.

Am Montag fand in Berlin die Wollung des Großberliner Soldatenrats statt, die sich in der Hauptsache mit der Neuwahl der soldatischen Mitglieder zum neuen Wollungsrat beschäftigte. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden sozialistischen Richtungen, die denen schließlich die Mehrheitssozialisten den Sieg davontrugen. Die Abstimmung, die nach der Verhältniswahl vollzogen wurde, hatte folgendes Ergebnis: Von 218 Stimmen entfielen 148 auf die Mehrheit, 67 auf die unabhängigen Sozialdemokraten. Danach waren für die ersteren gewählt Wolfenbühler, Vieg, Stürz, Seunen, Reander und Schmidt, von den Unabhängigen Albrecht und Stoll.

#### Gemeindevahlen in Mecklenburg.

Am 29. Dezember fanden in den meisten mecklen- burgischen Städten Stadiverordnungen wahlen nach dem gleichen Verhältniswahlrecht statt. In 18 von 28 Städten, darunter Rostock, Schwerin, Güstrow und Vorpommern, erhielten die bürgerlichen Parteien zu- sammen mehr Stimmen als die Sozialdemokraten, doch ist der Vorsprung der bürgerlichen Parteien diesmal nur gering, so daß die Zahl der bürgerlichen und sozialdemo- kratischen Abgeordneten gleich sein wird. In Schwerin wurden 22 Bürgerliche und 18 Sozialdemo- kraten gewählt. In Wismar errangen die Sozialdemokraten 20 von 48 Stimmen, außerdem waren sie noch in 9 kleineren Städten siegreich.

#### Internationale Regelung der Arbeitsbedingungen.

Wie das Arbeiterbureau meldet, hat das erste Kabinett den Plan erzwungen, dem Friedenskongress die Einsetzung einer Kommission vorzuschlagen, welche eine eingehende Untersuchung über die Möglichkeit einer internationalen Regelung der Arbeitsbedingungen aufstellen und Vorschläge für die Errichtung eines permanenten internationalen Schiedsgerichts machen und für eine Organisation zur Verbürgung eines gemeinsamen Vorgehens auf diesem Gebiete unterbreiten soll.

#### Vom Reichskongress der Spartakisten.

Die am Montag in Berlin im Arbeiterhaus zusammengetretenen 85 Delegierten der Spartakusvereini- gung ganz Deutschlands konstituierten den Spartakusbund als selbständige Partei unter dem Namen: Kommuni- stische Arbeiterpartei Deutschlands „Spartakus- bund“. In dem Referat über die Krise in der un- abhängigen sozialdemokratischen Partei gestellte Forderungen nach der Prinzipienlosigkeit der unabhängigen sozial- demokratischen Partei und erklärte, der Spartakusbund stehe heute vor der Frage, ob ein weiteres Zusammen- gehen mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei möglich sei, die gegenwärtig nichts anderes sei als das eigenblatt der Ebert-Scheidemannschen, wieder auf die Errichtung der alten kapitalistischen Wirtschaft gerichteten Politik. In der Frage Nationalversammlung oder Räte system dürfe es einen Zweifel für das Proletariat nicht geben. Das Räte system gebe dem Proletariat alle Macht in die Hand, während die National- versammlung die bürgerliche Klassenherrschaft wieder auf- richten wolle. Dieckmann sprach sich aber doch für eine eiteiligung bei den Wahlen zur Nationalversammlung aus. Seine Aufgabe wäre es, dort die Arbeit der Nationalversammlung zu fördern. Bei der folgenden Abstimmung wurden 28 Stimmen für und 68 Stimmen gegen eine Beteiligung abgegeben, ein Resultat, das die Versammelten mit stürmischem Beifall begrüßte. Rosa Luxemburg trat dafür ein, daß die Revolution auf der Straße fortgesetzt werden müsse. Interessant ist, daß auf dem Kongress auch der russische Bolschewik abel erschien und Neben hielt, obwohl die Reichsregie- rung ihm die Erlaubnis zur Einreise nach Berlin verweigert hatte. Die Blätter fordern infolge dessen die sofortige Abschaffung aus Deutschland.